

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4-5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Auergebirge. Fernsprecher 53. Für unvollständig eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Regelungsart: Die Redaktion ist für die Anzeigen und Inserate verantwortlich. Die Anzeigen werden in der Reihenfolge der Aufnahme veröffentlicht. Die Redaktion ist nicht verantwortlich für die Richtigkeit der in den Anzeigen enthaltenen Angaben.

Nr. 269

Montag, den 18. November 1918

13. Jahrgang

Die Wahlen zur Nationalversammlung auf den 2. Februar 1919 festgesetzt.

Erklärungen des Prinzen Max von Baden.

Der Waffenstillstand. — Ludendorffs Nebenregierung. — Der Kaiser.

Der frühere Reichskanzler Prinz Max von Baden hatte die Absicht, in der Ersten Badischen Kammer, deren Vorsitzender er war, über seine Führung der Reichsgeschäfte Rechenschaft abzulegen. Da der Landtag nicht mehr einberufen ist, konnte der Prinz die Rede nicht mehr halten. Sie wird jedoch von der Redaktion der „Weiß-schen Jahrbücher“ in Berlin als Flugblatt veröffentlicht. Prinz Max erklärt, er sei bei Übernahme des Reichskanzleramtes sich dessen bewusst gewesen, daß der Krieg verloren war. Er habe Deutschland, soweit dies möglich war, durch demokratische Umgestaltung und Völkerbundspolitik zu retten versucht, habe aber dieses Ziel nicht erreichen können. Seine Friedenspolitik wurde entscheidend gestört durch das Waffenstillstandsangebot, das ihm fertig vorgelegt wurde, als er in Berlin eintraf. Er habe es bekämpft. Es schien ihm ein schwerer Fehler, den ersten Friedensschritt der neuen Regierung durch ein so überraschendes Eingeständnis deutscher Schwäche zu begleiten. Er machte den Gegenorschlag, die Regierung sollte als ihre erste Handlung ein detailliertes Kriegszielprogramm aufstellen, das vor aller Welt unsere Ueberzeugung mit den Grundsätzen des Präsidenten Wilson deutlich machte und unsere Bereitwilligkeit, diesen Grundsätzen auch schwere nationale Opfer zu bringen.

Die militärischen Autoritäten erwiderten ihm darauf, auf die Wirkung einer solchen Kundgebung könne nicht mehr gewartet werden. Die Lage an der Front erfordere binnen 24 Stunden ein Waffenstillstandsangebot. Wenn er es nicht abgebe, so müßte es die alte Regierung herausbringen. Darauf entschloß er sich, die neue Regierung zu bilden und das nunmehr unvermeidlich gewordene Waffenstillstandsangebot mit dem Namen der neuen und belasteten Regierung zu unterstützen. Nach einer Woche eröffneten ihm die militärischen Autoritäten, daß sie sich in der Einschätzung der Lage an der Front am 1. Oktober getäuscht hätten. (1)

Prinz Max gibt dann die Ursachen des Zusammenbruchs in der inneren Politik an. Die Ausschaltung aller Nebenregierungen war im besten Sinne. Bei dem ersten Konflikt gab Ludendorff nach, beim zweiten nahm er seinen Abschied. Da kam die Aufstellung der Abbanlungsfrage durch Präsident Wilson. Der Prinz habe den Kaiser davon orientiert, dessen freiwilliger Entschluß das Reich vor schweren Geschicklichkeiten bewahren konnte. Man dürfe das Bögen des Kaisers nicht falsch verstehen. Es waren gewichtige Einflüsse am Werke, die ihn davon überzeugten, daß seine Abdankung das Signal zur Auflösung der Front wäre. Dann fährt der Prinz wörtlich fort: „Der Umsturz hat sich unwillkürlich vollzogen. In die Hände der neuen Regierung ist eine ungeheure Verantwortung gelegt; sie kann uns als Nation retten, und sie kann uns als Nation zerstören.“

Ich habe den Reichskanzler Ebert als einen Mann kennen gelernt, der reinen Willens ist, und dem es Ueberzeugungssache ist, daß Deutschland nur seinen internationalen Pflichten genügen kann, wenn es sich als Volkseinheit erhält. Die Regierung kann uns vor dem Bürgerkrieg bewahren, wenn sie demokratisch regiert. Ihre erste Pflicht ist es, sich durch eine verfassunggebende Nationalversammlung die Rechtsgrundlage für ihre Macht geben zu lassen. Aufgezwungene Macht ertötet das neue befreite deutsche Volk nicht. Es hat sich durch die Bildung der Volkregierung am 8. Oktober von der Diktatur Ludendorffs befreit. Es wird keine andere Diktatur einer Minderheitsgruppe ertragen.“

Auf dem Wege zum Frieden.

Der Rückzug unserer Truppen.

Dieses sind Gerüchte verbreitet über vollkommene Anordnung unserer zurückgehenden Truppen, die von Rheinland und Westfalen über Schwaben und dort Gewalttätigkeiten verübt haben. Von diesen Gerüchten darf man getrost glauben: Sie sind über-

trieben, wenn sie zum Teil nicht überhaupt haltlos sind. Von der Obersten Heeresleitung ist die Nachricht gekommen, daß die Divisionen der Westfront in vollster Ordnung auf dem Rückmarsch begriffen sind. Unordnung herrscht nur bei der Stappe, und da ist es in der Tat mehrfach zur Auflösung der Disziplin und mancherlei Unordnungen gekommen. Die Leute haben sich aus Angst, wegen der allerdings außerordentlich kurzen Räumungsfrist nicht fortzukommen, auf eigene Hand auf den Heimweg begeben. Um diesen Unständen zu steuern, sind dann Korps eingeschickt worden.

Im Elsaßfelder Arbeiter- und Soldatenrat wurde die Mitteilung gemacht, daß die Zahl der auf dem Heimmarsch das Wuppertal passierenden Soldaten auf fünfhunderttausend Mann geschätzt wird. Ihr Rückmarsch wird sich in einem Zeitraum von zehn Tagen vollziehen. Die Behörden haben bereits im Verein mit dem Arbeiter- und Soldatenrat die nötigen Vorbereitungen zur Speisung von fünfsigtausend Mann täglich getroffen. Der Eisenbahnverkehr für die Zivilbevölkerung ist im Rheingebiet vollkommen eingestellt.

Frankfurt und Darmstadt.

Aus den Zusagenbestimmungen des Oberkommandos der Alliierten ergibt sich, daß die Stadt Frankfurt a. M., die zu den rechtsrheinischen Brückenköpfen von Mainz gehört, nicht vom Feinde besetzt werden wird. Dasselbe gilt von Darmstadt. Beide Städte werden jedoch in die neutrale Zone fallen, die sich 10 Kilometer breit um jeden Brückenkopf herumziehen wird.

Der Besetzung von Metz und Straßburg.

Die deutschen Bevollmächtigten trafen in Nancy ein, wo sie mit dem Oberkommissar für Metz Einzelheiten der Uebergabe dieser Stadt besprachen. Es werden Truppen der dritten Armee des Generals Gieseler sein, die die Stadt besetzen sollen. Es werden Montag früh dort einziehen. Straßburg soll am 25. November besetzt werden. — Urieß mit seinen Kohlenbeden wurde von den Amerikanern besetzt.

Der Präliminarfrieden.

Die „Times“ melden aus Paris: Die Verhandlungen über einen Präliminarfrieden werden unmittelbar nach dem 20. November beginnen. Die Bedingungen für den Präliminarfrieden sind im Versailles-Kriegsrat bereits zur Annahme gelangt. Die Beratungen des Versailles-Kriegsrates sind wieder aufgenommen. Gegenwärtig wird der Wortlaut einer neuen Note an Deutschland festgelegt, die die Aufforderung zur Entsendung von Delegierten für die Friedenskonferenz enthält und auch den Ort, wo diese Konferenz stattfinden soll, festsetzt. Allgemein nimmt man an, daß Versailles in erster Linie in Betracht kommt.

Die Auslieferung der deutschen U-Boote.

Ueber die Fortführung der Waffenstillstandsverhandlungen zur See wird mitgeteilt: Wie bekannt, ist vor einigen Tagen der kleine Kreuzer „Königsberg“ nach Rosyth gefahren, um dort mit dem englischen Flottenchef Admiral Beatty über die Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen, soweit sie die See-Streitkräfte betreffen, zu verhandeln. Admiral Dreyer hat u. a. folgende Einzelheiten der Abmachungen funktentelegraphisch gemeldet: Die abzuliefernden U-Boote sollen in Gruppen zu 20 Booten je an einem noch bekannt zu gebenden Tage die Küste ansteuern und sich mit englischen See-Streitkräften an einem Ort in der Nähe des Eingangs in den Englischen Kanal treffen. Jeder Gruppe ist als Geleit ein deutscher Transportdampfer unter deutscher Flagge beizugeben, der alsbald nach Uebergabe der U-Bootebesatzungen nach Deutschland zurückzuführen wird. Ueber die Frage der Internierung der großen Schiffe und der Torpedoboote werden noch weitere Abmachungen folgen.

Die amerikanischen Lebensmittelhilfe.

Die Verhandlungen über die Höhe der für Deutschland geforderten Lebensmittel auf Grund eines vom Kriegsernährungsamt aufgestellten Verbrauchsplanes sind jetzt abgeschlossen worden. Danach werden nach Deutschland im Monat geliefert werden 75 000 Tonnen Getreide, 150 000 Tonnen Fleisch und 250 000 Tonnen Mehl. Der amerikanische

Lebensmittelkontrollleur Hooper reist am Sonnabend nach Europa ab, um die Frage der Lebensmittelversorgung der Bevölkerung von Frankreich, Belgien, der Länder der Mittelmächte, sowie des nahen Ostens zu studieren. Die amerikanischen Lebensmittellieferungen für Deutschland ergeben auf den Kopf der Bevölkerung im Monat 1 Kilogramm Fett, 2 Kilogramm Fleisch und 3 Kilogramm Brot.

Wichtige Mitteilung.

Die russische Regierung richtete, wie die „Freiheit“ meldet, an Liebknecht ein Telegramm, in dem sie ihm Mitteilung macht von dem ungeheuren Eindruck, den die deutsche Revolution in Rußland hervorgerufen hat, und zugleich die Absicht ankündigt, 50 000 Rubel Wehl an das revolutionäre Deutschland zu liefern.

Zur inneren Lage.

Der Titel Reichskanzler abgeschafft.

Der Volksbeauftragte Ebert wird vielfach als Reichskanzler bezeichnet. Das ist jedoch nach einer Meldung aus Berlin irrig. Der Titel Reichskanzler ist abgeschafft. Der Reichskanzler war der einzige verantwortliche Minister des Deutschen Reiches. Die jetzige Regierung besteht aber aus sechs Volksbeauftragten, von denen Ebert und Haase zu Vorsitzenden mit gleichen Rechten gewählt sind. Den Vorsitz führt in der Regel der Volksbeauftragte Ebert.

Die Wahlen zur Nationalversammlung.

Die Reichsregierung ist, wie schon kurz gemeldet, mit den Vorbereitungen zur möglichst schnellen Einberufung der konstituierenden Nationalversammlung beschäftigt. Diese Vorbereitungen sind aber außerordentlich umfangreich, da nach dem zu Beginn der Revolution erlassenen Manifeste die Nationalversammlung nicht auf Grund des bisherigen Reichstagswahlrechtes, sondern auf Grund eines neuen allgemeinen, gleichen, direkten und geheimes Wahlrechts bedingt auch eine Veränderung der bestehenden Wahlrechtsstellung. Es ist die Berufung der Nationalversammlung und die endgültige Konstituierung des neuen Deutschlands schon mit Rücksicht auf die Friedensverhandlungen nötig, da ja die Entente nur mit einer legitimeren Regierung abschließen wird. Die Vorbereitungen der Wahlordnung werden im Reichsamt des Innern erfolgen, an dessen Spitze Professor Preuß, ein bürgerlicher Politiker und eine staatsrechtliche Autorität gestellt worden ist. Man wird also nicht zu befürchten haben, daß die neue Wahlordnung lediglich nach sozialdemokratischen Parteidoctrinen zusammengestellt werden wird.

Die Wahlen zur Nationalversammlung sollen am 2. Februar 1919 stattfinden. Die Wahlverzeichnisse werden am 2. Januar aufgelegt.

Volkswirtschaftliche Forderungen.

Die „Freiheit“, das neue Blatt der Unabhängigen Sozialdemokratie in Berlin, tritt für die Beschleunigung der großen Betriebe ein. Es wird nicht mehr und nicht weniger gefordert, als daß die Regierung unverzüglich die großen und lebenswichtigen Betriebe zum National Eigentum erklären solle. Das „D. Z.“ verwirft diesen Vorschlag völlig und sagt dazu: Eine plötzliche Beschleunigung würde zu Verwirrungen und Störungen führen, die verhängnisvoll würden. Deshalb erscheint uns diese Forderung als völlig unüberlegbar. Es würde zu Zuständen führen, wie sie der Bolschewismus in Rußland geschildert hat, ganz gewiß aber den heimkehrenden Truppen keine logische und bauern Arbeit schaffen. Das unvermeidliche Ergebnis wäre der wirtschaftliche Zusammenbruch.

Rein Gerücht mit einem bolschewistischen Deutschland.

Der Berner „Bund“ läßt sich aus Paris melden: Die Gerüchte, die Berliner Regierung habe die Absicht, die Beziehungen mit den russischen Bolschewisten wieder aufzunehmen, haben in der französischen Presse ein hartes Mißtrauen nach werden lassen. Man erklärt aufs neue, mit einem bolschewistischen Deutschland werde kein Frieden geschlossen.

nen, jetzt die
aren, Stein-
andre Han-
weise be-
... spielt, hat
... tutiongelt
... be in Gestalt
... politischen
... Revolutions-
... wollte, die
... kriegerische
... von
... nationaler
... wurden
... wurden die
... mterierten Be-
... erschien
... den an der
... anen befehler
... zehigten und
... Arbeiter- und
... dem Baden
... en seien, zu
... eines Krei-
... noch einmal
... wurden auf
... Millionen
... angeschlossen,
... er organ en
... herberien
... Berlin mehr-
... (Wehr-)
... reihen“ die
... der in den
... er stärkern-
... m, die fast
... erten. In
... schäfte und
... f 6 Mil-
... nachmittag
... rsonen vor
... der falschen
... reates mit
... gt zu seine
... geschoben
... länd ern
... h darauf
... Matrosen,
... ehen und
... chaft zu
... gegenstände
... Die Bande,
... en besteht,
... Montag ist
... Er war
... er Studien
... und Schrift-
... und neuere
... Schriften.
... erlungen
... ersten fol-
... war (1918)
... merlein
... magede-
... der Po-
... gelehnt
... nlichen
... bedarf
... Herbert
... daß
... renannt
... usitzrat
... walter
... en zu
... der Zeit
... ägte er
... nicht
... s, der
... schien,
... Grade,
... an aus-
... Arbeit
... mehrere
... frühere
... mmen
... e lange
... erwas
... e ihn
... immer
... lichte
... merie-
... leud

Über an Wissen.

Reichsfänger Ebert gewährte dem Herausgeber der amerikanischen Korrespondenz, William Borah, eine Unterredung, in welcher er u. a. auf die bisherige Entwicklung der Dinge in Deutschland hinwies, betonte, daß Deutschland nach Amerika die größte Republik der Welt sein werde und schloß um unser politisches Programm und die Demokratisierung in Deutschland durchzuführen zu können, ist die Frage der Volksernährung, das Fundament eines jeden staatlichen Lebens, eine unbedingte Voraussetzung des Weiterbestehens der deutschen Volkrepublik. Wir haben es deshalb mit Freude empfunden, wie sehr der Präsident der Vereinigten Staaten diese Voraussetzung durch das Versprechen einer tatkräftigen Hilfe anerkannt hat. Übermitteln Sie Ihrem Herrn Präsidenten und dem amerikanischen Volke unseren Dank und lassen Sie uns hoffen, daß nach einem gerechten Frieden gemeinsame Ideen auch gemeinsame Erbkissen ermöglichen werden zum Heile des amerikanischen und des deutschen Volkes, aber auch zum Segen der ganzen Menschheit.

Eine Mitteilung Lanfings an Deutschland.

Der schweizerische Gesandte in Washington meldet durch Funkpruch an das Ministerium des Auswärtigen in Bern:

Staatssekretär Lanfing hat mich durch eine Note vom 15. d. M. ersucht, die folgende Mitteilung an den Staatssekretär des Auswärtigen der deutschen Regierung zu übermitteln: Die Regierung der Vereinigten Staaten hat die drachlosen Depeschen erhalten, welche die deutsche Regierung an den Präsidenten der Vereinigten Staaten gerichtet hat und die sich auf die Befolgung gewisser Forderungen beziehen, die in dem Waffenstillstand mit der deutschen Regierung vorgeschrieben sind. Die amerikanische Regierung wird die erhaltenen Mitteilungen alsbald den anderen Regierungen zur Kenntnis geben, mit denen sie verbunden ist und ebenfalls dem Obersten Kriegsrat in Paris. Die Regierung der Vereinigten Staaten benützt diese Gelegenheit, der deutschen Regierung nahe zu legen, daß derartige Mitteilungen, die sich auf die Waffenstillstandsbedingungen oder auf Fragen beziehen, an denen alle assoziierten Regierungen interessiert sind, an alle Regierungen und nicht allein an den Präsidenten der Vereinigten Staaten gerichtet werden sollten. Es handelt sich hier um die Bitte der deutschen Regierung betreffend die Milderung der Waffenstillstandsbedingungen.

Eine Republik Rheinland?

Bestrebungen, die auf die Ausrufung der Rheinprovinz als Republik hinzuliefen, haben in Köln Boden gewonnen. Eine Versammlung von 3000 Teilnehmern sprach sich für die Republik Rheinland aus, wenn die Entente Annexionsabsichten zeigen sollte.

Die gefährdeten Rheinlande.

Die „Bl. Ztg.“ veröffentlicht nachstehenden Funkpruch an alle Zeitungen in den Ländern der Alliierten und an alle Zeitungen in den neutralen Ländern: Die Vertreter der Presse in Köln und im Rheinland weisen die Zeitungen der ganzen Welt auf die unerträgliche Notlage der Rheinlande hin, in die sie die harten Waffenstillstandsbedingungen versetzen. Die Herausgabe eines großen Teils des Eisenbahnmateriäls beurteilt uns durch die Erschöpfung der Verbindung mit dem Osten zur Hungersnot. Es ist uns außerdem unmöglich, große Befestigungen zu verpflegen. Der Rückzug der Armee durch unser Land beschleunigt außerdem den Verbrauch der Lebensmittel. Wir bitten im Namen der Menschlichkeit die Presse der ganzen Welt, für die bedrohten Rheinlande einzutreten und zu fordern, daß ein durch den langen Krieg schon ganz erschöpftes Land nicht böllig niedergedrückt werde. Der freilichste Sinn in den alten Kulturländern am Rhein ist in der ganzen Welt bekannt. Schützt uns darum durch die Macht Eures Einflusses vor Gewalt und Unmenschlichkeit. Verein rheinischer Zeitungsbereiter.

Das Programm der bayerischen Regierung.

Die Regierung des bayerischen Volksstaates entwickelt in einem Aufruf an das bayerische Volk ihr Programm, in dem es u. a. heißt: Die revolutionäre Regierung des Volksstaates Bayern unterstellt sich der freiesten Kritik, sie will nur nach ihren Handlungen beurteilt sein. Wir beabsichtigen nicht die Presse unmittelbar, mittelbar oder gehemmt zu beeinflussen, wir werden kein Regierungsblatt haben. Die Presse soll damit ihrem heiligen Berufe wiedergegeben werden. Auch wir betrachten es als unsere Aufgabe, auch innerhalb der deutschen Stämme eine innige Gemeinschaft vorzubereiten. Wir glauben und wollen, daß die Vereinigung des Deutschen Reiches mit der deutsch-österreichischen Republik unaufschreibbar ist. Wir sind ferner entschlossen, diese nationale Politik mit fester Hand durchzuführen, ohne dabei die Freiheit und Selbständigkeit Bayerns anzutasten. Dann wird eine große Reihe innerer Reformen aufgeführt, die geplant sind.

Alle Abgeordneten des Koburger Landtages treten für den Anschluß des Herzogtums Koburg an die Republik Bayern ein.

Zur Neuordnung in Württemberg.

Der bisherige Leiter des württembergischen Kriegswesens Offizierstellvertreter Schriner hat sein Amt niedergelegt. An seiner Stelle ist durch die Entschliessung der provisorischen Regierung Bischoffswedel Ulrich Fischer zum Minister des Kriegswesens ernannt worden.

Das Schicksal der deutschen Flotte.

Daily Mail berichtet, daß die endgültige Entscheidung über die ausgelieferten deutschen Schiffe auf der Friedenskonferenz getroffen werden wird.

Der Durchzug deutscher Truppen durch Holland.

Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus dem Haag: Bei Maastricht kamen am Freitag einige tausend deutsche Soldaten mit roten Fahnen an. Auf gleichem Fußbruch des deutschen Militärattachés im Haag der sich sofort zu den Truppen begab, legten sie beim Betreten holländischen Bodens die Fahne der Internationalen willig nieder, um allen Schwierigkeiten mit der niederländischen Regierung vorzubeugen und den nachkommenden Kameraden den Weg durch Holland offenzuhalten. Auch die Entwaffnung an der Grenze ging ohne Störung vorstatten; der Feimarsch durch das niederländische Gebiet kann deshalb jetzt erfolgen. Die Truppen machten einen geordneten Eindruck. Heute werden weitere 11 000 Mann erwartet.

Bildung einer republikanischen Soldatenwehr.

Der Kommandant von Berlin, Wels, veröffentlicht folgenden Aufruf an die Soldaten: Soldaten! Die Zuchtlosigkeit und Uneinigkeit sind die größte Gefahr für unsere junge Republik. Kameraden! Mit Eurer Hilfe wurde an Stelle des alten Regimes die neue Ordnung des Volksstaates ins Leben gerufen. Laßt diese Errungenschaft nicht niedertreten. Die Demobilisierung hat begonnen. Bildet aus Euren Reihen eine republikanische Soldatenwehr, die Ordnung, Freiheit und Ruhe aufrechterhält. Ihr Berliner Kameraden, laßt Euer Vaterland nicht der Plünderung und dem Bürgerkrieg anheimfallen. Ihr müßt an erster Stelle in diese Wehr eintreten.

Die Stellung Hamburgs.

Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat hat eine Bekanntmachung erlassen, daß Hamburg als Staat und Träger von vermögensrechtlichen Pflichten und Rechten fortbestehen werde, bis im Reich über die weitere Gestaltung der Verhältnisse entschieden sein wird.

Neuordnung der Kommandoverhältnisse.

Die Berliner Regierung macht bekannt: Um eine einheitliche Regelung der Demobilisierung durchzuführen zu können, ist eine Neuordnung der Kommandoverhältnisse notwendig. Die Stellvertretenden Generalkommandos, der Generalstab und die Oberste Heeresleitung werden von jetzt ab dem Kriegsministerium unterstellt, dessen Befehlen alle militärischen Kommandobehörden Folge zu leisten haben. Das Kriegsministerium, sowie alle Reichsbehörden unterliegen der Kontrolle des Volksgenerals des Arbeiter- und Soldatenrates.

Kapitulation von Ostafrika.

Reuter meldet aus London: Der deutsche Oberbefehlshaber in Ostafrika, von Lettow-Vorbeck, hat kapituliert.

Die bedingungslose Kapitulation von Ostafrika war eine der Bedingungen des Waffenstillstandes. Wenn also der heldenmütige General von Lettow-Vorbeck, der sich mit seiner tapferen Schaar über 4 Jahre gegen eine gewaltige Uebermacht gehalten und Taten vollbracht hat, die ihm unverweilenden Ruhm sichern, jetzt kapituliert, so tut er das, der Welt gehorcht. Denn noch bis in die letzten Tage hinein leistete er mit seinem kleinen Häuflein Getreuer Widerstand. Das deutsche Volk aber wird Lettow-Vorbeck und seinen Leuten unaussprechliche Dankbarkeit bewahren.

Die Vorgänge in Ostdeutschland. Posen in Händen der Polen.

Dem „Vorwärts“ wird aus Posen vom 15. d. Mts. telegraphiert: Seit gestern befinden sich die Stadt und ein großer Teil der Provinz in polnischen Händen und zwar geschah diese Entwicklung nicht durch den Einzug polnischer Legionäre von außen, sondern dadurch, daß die Polen im Arbeiter- und Soldatenrat die Macht an sich brachten. Die sozialdemokratische Partei hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß mit dem Uebergang der tatsächlichen politischen Macht in die Hände der polnischen nationalen Bewegung als mit einer Tatsache gerechnet werden müsse. Von den Zentralbehörden in Berlin erwartet sie Maßnahmen zum Schutze der deutschen und der jüdischen Minderheit. Auf das Gerücht hin, daß polnische Legionen im Anmarsch seien, wurde Sebba (Abgeordneter) an die Grenze geschickt. Er kam mit der Nachricht zurück, an diesem Gerücht sei kein wahres Wort. Die Legionen kommen, wie gesagt, nicht von außen, sondern werden im Innern gebildet. Munition und Proviant sind in ihren Händen und in Posen regiert der polnische Volkerrat.

Die Schlesiische Zeitung meldet aus Posen: Die Polen bereiten systematisch die Proklamation Posens als Bestandteil Polens vor. Hier haben sie die Gewalt im Arbeiter- und Soldatenrat an sich gerissen. Staatsgelder dürfen ohne ihre Genehmigung nicht mehr ausgezahlt oder überwiesen werden. Waffen, Munition werden aufgekauft. Deutsche Soldaten werden entlassen, polnische zurückgehalten, damit Polen auch die Willkürmacht in Händen halten kann. Es mehren sich die Angaben dafür, daß auf polnischer Seite die Absicht besteht, diejenigen Gebiete des Deutschen Reiches schon jetzt zu besetzen, aber die man sich mit Deutschland auf den beiden Friedensverhandlungen erst verständigen soll. Mit diesen räuberischen Absichten der Polen muß gerechnet werden. Die Frage, wie der Volksgemeinschaft des Arbeiter- und Soldatenrats sich dazu stellen wird, ist noch nicht geklärt. Das Kriegsministerium hat ein Oberkommando zum Schutz des Ostens errichtet.

Auch Ostpreußen gefährdet!

Dem Oberpräsidenten von Ostpreußen ist vom Reichsfänger folgendes Schreiben zugegangen: In den letzten Tagen ist der Reichsregierung aus allen Kreisen der Provinz eine überwältigende Zahl von Rundgebungen zugegangen, in denen die Treue zum Reich und die Sorge für die Zukunft der Provinz ersütternden Ausdruck findet. Die Reichsregierung hat von diesen Rundgebungen mit tiefer Teilnahme Kenntnis genommen und sie zur Bearbeitung des darin enthaltenen wertvollen Materials den zuständigen Behörden überwiesen. Da es nicht möglich ist, allen Einsendern per-

sönlich zu danken, bitte ich Eure Excellenz, den Dank der Reichsregierung öffentlich zum Ausdruck zu bringen. Die Regierung hat sich fest auf den Boden der Wilsonschen Grundsätze gestellt. Sie ist deshalb auch gewillt, unbedingte Forderungen mit allem Nachdruck entgegenzutreten. (gez.) Ebert.

Die Neuordnung in Sachsen. Rücktritt der bisherigen Minister.

Die Vorkände der einzelnen Ministerien: Dr. Feinze, v. Wilsdorf, Dr. Schroeder, Dr. Koch, v. Noth-Wallwitz, hatten auf Anfrage des Arbeiter- und Soldatenrates sich bereit erklärt, im Einvernehmen mit diesem und unter dessen Verantwortung die ihnen anvertrauten Ministerien weiter zu verwalten. Bei einer Besprechung, die am Sonnabend stattfand, erklärten die Bevollmächtigten des Arbeiter- und Soldatenrates den Ministern, daß ihre fernere Tätigkeit kein Raum vorhanden sei, da beabsichtigt sei, die sämtlichen Ministerien politisch und verwaltungsmäßig selbst zu übernehmen. Damit erlebte sich die Bereitwilligkeit der Minister. Die Minister baten, es möchten auch in Zukunft die Beamten ungeschmäler im vollen Bezuge ihrer Gehälter, Pensionen und Wartegelder belassen werden, da nur auf diese Weise schwere Verdrainis abgewendet und die Arbeitsfähigkeit erhalten werden könne. Es wurden beruhigende Erklärungen erteilt. Nach der Besprechung wurden die Ministerien sofort übergeben.

Das neue Ministerium (Vipinet, Geiger, Dr. Grabnauer, Schmarz, Bud, Feischer) erließ sofort eine

Bekanntmachung

In der es heißt: Die nachgeordneten Behörden erhalten bindende Verfügungen ausschließlich von den zuständigen Ministerien. Dörtliche Arbeiter- und Soldatenräte haben keine Befugnis, den Behörden Befehle zu erteilen, die mit den Verordnungen der vorgeordneten Dienstbehörden in Widerspruch stehen.

Über die Befugnisse der örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte wird eine für nächste Woche in Aussicht genommene Versammlung entscheiden, zu der Abgeordnete der Arbeiter- und Soldatenräte aus dem ganzen Lande zusammenzutreten. Bis dahin beschränkt sich die Tätigkeit der Arbeiter- und Soldatenräte auf die Kontrolle der einzelnen Verwaltungsbehörden bei der Durchführung der von der Zentralbehörde ergehenden Verordnungen. Ihre Vertreter sind daher bei allen wichtigeren Verhandlungen zuzuziehen. Die Form wird sich bei gegenseitiger verständnisvoller Zusammenarbeit leicht finden lassen. Das Ziel ist unbedingte Fernhaltung jeder Störung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit. Zu allen Sitzungen der Bezirksausschüsse sind Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrates zuzuziehen, der für den Ort des Sitzes der Behörde zuständig ist. Es ist erwünscht, daß bei jeder Kreis- und Amtshauptmannschaft ein Vertreter des örtlichen zuständigen Arbeiter- und Soldatenrates ständig als Kontrollorgan tätig ist. Die Vertreter der Arbeiter- und Soldatenräte haben für die Teilnahme an den Sitzungen Anspruch auf Vergütung. Dieselbe beträgt für die Stunde 2 Mt. bis zum Höchstbetrage von 16 Mark für den Tag. Eine Verfügung über die Kosten der staatlichen Behörden und Gemeinden steht den Arbeiter- und Soldatenräten nicht zu.

In Umschriften, Unterschriften, Briefköpfen usw. hat die Bezeichnung der Behörden als „Königliche“ zu unterbleiben, in Vorbrücken ist sie zu streichen. Statt „Königreich Sachsen“ ist zu setzen: „Republik Sachsen“. Vorhandene Siegel, Stempel, Verschlußmarken usw. mit dem sächsischen Wapp und der Bezeichnung: „Königreich Sachsen“, „Königliche Amtshauptmannschaft“ usw. sind vorläufig weiter zu verwenden, soweit nicht die alte Bezeichnung auf einfache Weise, z. B. an Gummiempeln, geändert werden kann.

Anträge auf Verleihung von Titeln und tragbaren Ehrenzeichen, auch des Feuerwehrangehörigen und der Lebensrettungsmedaille, haben zu unterbleiben. Solche Verleihungen sind abgelehnt.

Alle Behörden und Beamten werden erneut aufgefordert, ihre amtliche Tätigkeit zur Aufrechterhaltung geordneter Verhältnisse weiterzuführen, wogegen ihnen ihre gesetzlichen Ansprüche unverkürzt gewahrt bleiben. Die politische Bestimmung und ihre Beerdigung ist für die Beamten fest. Ein Bewilligungswort wird nicht ausgeübt werden, insoweit keine ehrenrühmlichen Erklärungen über Veranlassung einer bestimmten politischen Bestimmung zu fordern. Doch wird gegen passiven Widerstand im Amte, sowie gegen jede Tätigkeit oder Versuche von Beamten, die Ergebnisse der Revolution gewaltsam zu beseitigen, unanachlässig von Amtswegen eingeschritten.

Alleine politische Meldungen.

Deutschland und Deutsch-Österreich. Der Volksbeauftragte der deutschen Republik, Hugo Haase, hat Dr. Otto Bauer, dem Leiter des Staatsamtes für Wehrwesen, folgendes Telegramm übermittlelt: „Ihre Glückwünsche erwidere ich namens des Rates der Volksbeauftragten der deutschen Republik aufs herzlichste. Der Rat der Volksbeauftragten ist gern bereit, mit Ihnen alle Fragen der Friedensverhandlungen zu erörtern und diese Verhandlungen in enger Freundschaft mit Ihnen zu führen. Wir erwarten zu diesem Zwecke Vertreter von Deutsch-Österreich in Berlin. Wir empfinden die Not anderer Völker in Deutsch-Österreich aufs schmerzhaftig. Wir brauchen nicht zu versichern, daß wir den besten Willen haben, Ihnen zu helfen. Wir werden sofort an zuständiger Stelle feststellen suchen, ob und in welcher Weise dies möglich ist.“

Von Leipzig. Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt: Der Großadmiral v. Tirpitz, der wenige Tage vor dem Ausbruch der Revolution in aller Stille abgereist ist, ist in der Schweiz angekommen. Seine Oberbürgermeister von Hannover. Am Mittwoch wurde der neue Oberbürgermeister der Stadt Hannover gewählt. Die Wahl fiel auf den sozialdemokratischen Kandidatengenerierten Robert Heinert. Wichtigkeit wurde an Heinert das Erhalten der Titel Stadtbürger nicht wieder ausgeben zu lassen und nach dessen die Amtsbezeichnung „Oberbürgermeister“ zu führen. Verhaftung polnischer Abgeordneter. Die polnischen Abgeordneten Sebba und Kurzewski sind auf Veranlassung des Arbeiter- und Soldatenrates in Posen während der Fahrt nach Warschau

In Wien verhaftet worden. Der polnische Abgeordnete von Tramp... Die Mitglieder des früheren Kaiserhauses... Die Mitglieder des früheren Kaiserhauses...

fangenenbewachung, müssen warten, bis sie erledigt sind. Deute aus Elsass-Lothringen, die nicht freiwillig dienen wollen...

Briefverkehr nach den österreichisch-ungarischen Ländern. Wegen der durch den Waffenstillstand geschaffenen Zustände in den beteiligten Ländern hat der Deutsch-Oesterreichisch-Ungarische Wirtschaftsverband in Berlin die zuständigen Behörden ersucht...

Der Postverkehr mit Belgien. Der gesamte Post-, Telegraphen- und Fernsprecheverkehr mit Belgien ist eingestellt.

Keine Textilrohstoffnot. Trotz der dreizehnmonatigen Blockade sind die in Deutschland vorhandenen Textilrohstoffe noch ausreichend. Durch das Freiwerden der bisher für den militärischen Bedarf benötigten Mengen wird es möglich sein...

Deutschkonservativen und den Freikonservativen stattgefunden, welche zu dem Ergebnis führten, daß die beiden Parteien sich verschmelzen und in Zukunft gemeinsam auftreten werden.

Ein Kaisersohn für die neue Regierung. Berlin, 17. November. An den Reichstagen in Potsdam ist folgender Antrag zu lesen: „Ich bitte die Kameraden der Garnison Potsdam, sich der neuen Reichsregierung zur Verfügung zu stellen. Wir alle wollen das Wohl unseres Vaterlandes und Volkes. Prinz Eitel Friedrich“

Die Internierung deutscher Kriegsschiffe. Berlin, 17. November. Der erste Teil der für die Internierung bestimmten deutschen Kriegsschiffe hat gestern Nachmittag den Ostsee-Hafen verlassen und ist durch den Kaiser-Wilhelm-Kanal nach der Nordsee abgedampft, wo die Schiffe weitere Befehle erwarten, in welchen Hafen sie interniert werden sollen.

Keine russische Gesandtschaft in Berlin. Berlin, 17. November. Die deutsche Reichsleitung hat laut Sozialanzeiger die Sowjetregierung dahin verständigt, daß eine Vertretung der Letzteren in Berlin vorläufig nicht wünschenswert sei.

Eine Revolutionsfeier in Bayern. München, 17. November. Heute Abend fand im hiesigen Nationaltheater eine Revolutionsfeier statt, zu welcher aus allen Teilen Bayerns die Vertreter der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte erschienen waren. Auch die Minister des Volksstaates Bayern und das Präsidium des derzeitigen provisorischen Parlamentes hatten sich eingefunden.

Die Feinde in Metz. Metz, 18. November. Im Laufe des gestrigen Nachmittages sind die ersten Vortruppen der Alliierten, Franzosen, Engländer und Amerikaner in Autos, sowie in kleineren Abteilungen hier eingetroffen.

Die heimkehrenden Truppen im Rheinlande. Berlin, 17. November. Für die heimkehrenden Krieger zeigen sich die rheinischen Städte in reichem Flaggen Schmuck. Die Krieger rücken in immer stärkeren Kolonnen heran. Die Durchführung der Verpflegungsmassnahmen ist in vollem Gange. In Köln werden außer anderen Räumen zur Unterkunft der Truppen 100 Schulen in Anspruch genommen.

Norwegische Fische für Deutschland. Christiania, 18. November. Das Regierungsblatt Intelligensblad schreibt zu der gestern gemeldeten Aufforderung der norwegischen Arbeiterparteileitung an die norwegische Regierung, der notleidenden deutschen Bevölkerung norwegische Fischwaren zu senden: Dieser Aufforderung hätte es gar nicht bedurft, da die norwegische Regierung sofort alle Schritte bei den Entente-Regierungen unternommen hat, um von diesen die erforderliche Zustimmung der bisher vertraglich aus geschlossenen Ausfuhr der norwegischen Fischwaren über ein gewisses Quantum hinaus zu erlangen.

Ungarn an Deutschland. Berlin, 17. November. Der Präsident des ungarischen Nationalrates, Johannes Hód, sandte an die deutsche Volksregierung anlässlich der Begründung der ungarischen Republik ein herzliches Begrüßungs-telegramm.

Wudapest, 16. November. Erzherzog Josef testete heute den Eid auf die ungarische Republik in die Hände der Mitglieder der Regierung. Wudapest, 17. November. „Wester Ujogd“ meldet: Wie wir erfahren, haben zwischen der ungarischen Volksregierung und der von Madensfen entsandten Kommission Verhandlungen stattgefunden, in welchen bezüglich des Durchmarsches der Madensfenschen Truppen eine Einigung erzielt worden ist.

Keine Revolution in Holland. Rotterdam, 17. November. Der sozialdemokratische Kongress hat die ihm vorgelegte Resolution durch Zuruf angenommen, sowie die weitere Forderung, daß die Entscheidung über Krieg und Frieden bei der Volksvertretung liegen muß.

Ein französisches Dampfschiff gesunken. Wien, 18. November. Die Blätter melden: In den hiesigen Matineellen ist die Nachricht eingetroffen, daß das französische Dampfschiff „Waldeck-Rousseau“ beim Einlaufen in die Bucht di Cattaro auf eine Mine gestoßen und gesunken ist. Der größte Teil der Besatzung wurde gerettet.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Paul Selbmann. — Druck und Verlag: Neuer Druck u. Verlagsgesellschaft m. b. H.

Von Stadt und Land.

Aue, 18. November. Auszeichnung. Herr Dr. Otto Müller von hier erhielt die Krone zum Ritterkreuz des Abrechtsordens 1. Klasse mit Schwertern.

Das Ergebnis der Roten-Kreuz-Sammlung in Aue. Für die am 1. und 2. Nov. vorgenommene Rote-Kreuz-Sammlung für Kriegesfürsorge sind bei der Hauptsammlung des Stadtrates in Aue folgende Beträge eingegangen: 2321.16 M. aus Aue, 1086 M. aus Rößlerlein, 150 M. aus Niedexpannenstiel und 102.94 M. aus Auerhammer, zusammen also 3659.50 Mark.

Lebensmittel am Dienstag: Syrup und Eier, letztere auf Nummer 1458—7296.

Alle Empfänger von österreichisch-ungarischem Unterhaltsbeitrag werden ersucht, Donnerstag, den 21. Nov. vormittag 9 Uhr in der Ratskanzlei des Stadtrates (Zimmer 13) zu erscheinen.

Wom Wetter. Sozusagen über Nacht ist es Winter geworden. In den gestrigen Abendstunden setzte Schneefall ein und heute Morgen waren Dächer und Straße bereits in eine Schneedecke gehüllt.

Die Ziehung der zweiten Helmatant-Lotteries stufte aus verwaltungstechnischen Gründen um 3 Wochen verschoben werden. Sie findet unwiderruflich vom 9. bis 14. Dezember statt. Die Gewinne werden noch vor Weihnachten ausgezahlt.

Abkaffung von Titeln und Orden in Sachsen. Das sozialistische neue Sächsische Gesamtministerium hat, wie wir an einer anderen Stelle unserer heutigen Nummer ausführlicher mitteilen, alle Titel und tragbaren Ehrenzeichen abgeschafft.

Aufhebung der fleischlosen Wochen. Die fleischlosen Wochen werden, wie das Kriegsernährungsamt mittelt, in Zukunft im ganzen Reiche aufgehoben werden. Man hofft, die bisherigen Fleischrationen an die Versorgungsberechtigten dauernd weiter verteilen zu können, da die hohen Anforderungen an Fleisch seitens der Heeres- und Marineverwaltung in Zukunft zum größten Teil entfallen dürften.

Keine Vermögensbeschlagnahme. Um unläufigen Gerüchten entgegenzutreten, erklärt die Reichsregierung: 1. Wir beabsichtigen nicht, eine Beschlagnahme von Bank- und Sparkassenguthaben, von Vorräten an Geld- oder Banknoten oder Wertpapieren oder sonstigen offenen oder geschlossenen Depots vorzunehmen. 2. Wir beabsichtigen nicht, die Zeichnungen auf die neunte Kriegsanleihe oder die Kriegsanleihen überhaupt für ungültig zu erklären oder in ihrer Rechtsgültigkeit anzuzweifeln.

Ferner bestimmt die Reichsregierung mit Gesetzkraft: § 1. Die Vorschriften in § 2, lit. a, des Gesetzes über Sicherung der Kriegsteuer vom 9. April 1917 werden auf das 5. Kriegesjahr mit der Maßgabe ausgedehnt, daß die Gesellschaften 80 v. H. des in die Kriegessteuerumlage eingeleiteten Mehrgewinnes einzustellen haben.

Entlassungen aus dem Heer in die Heimat. Amtlich wird folgender Erlass der Berliner Zentralstellen veröffentlicht: Es können nicht alle Soldaten des großen deutschen Heeres und der Flotte zugleich entlassen werden. Es können auch nicht alle bis auf den letzten Mann entlassen werden. Die Entlassungen müssen sich nach den Verhältnissen richten, und sie müssen ordnungsgemäß vor sich gehen.

Durchsuhung des sächsischen Hofzuges. Nach einer von Wolffs Sächs. Landesdienst verbreiteten Mitteilung des Arbeiter- und Soldatenrates Dresden wurde der Hofzug des ehemaligen Königs von Sachsen in der Nacht vom 13. zum 14. d. M. vom Stellv. Generalkommando angehalten und am folgenden Tage von Auftragsräten der Ver. rep. Arbeiter- und Soldatenrates Groß-Dresden im Beisein von Beamten untersucht.

Cheater, Konzerte, Vergnügungen. Im Panorama Allmann kann man in dieser Woche eine prachtvolle Rheintalreise unternehmen. Gerade jetzt, wo jeder ein Teil unseres Rheines von unseren Feinden behält wird, dürfte die Bilderreihe im Panorama von besonderem Interesse sein.

Vermischtes.

Ein furchtbares Explosionsunglück hat laut der „Rhein. Ztg.“ in Köln-Wahn 200 Todesopfer gefordert. Ueber die Ursache des Unglücks ist nichts bekannt geworden.

Letzte Drahtnachrichten.

Prälminarfrieden und Friedensverhandlungen. Berlin, 18. November. Dem Vorwärts zufolge wird der Beginn der Verhandlungen über den Prälminarfrieden in kürzester Zeit, jedoch kaum vor Ende dieses Monats zu erwarten sein. Sie werden in Paris oder Versailles stattfinden und sollen bis Ende Januar beendet sein.

Scheidemann über die Nationalversammlung. Berlin, 17. November. Ueber die Wahlen zur Nationalversammlung schreibt Scheidemann im Vorwärts: Man geht sehr in der Annahme, die Nationalversammlung habe zum größten Teil die Aufgabe, eine Art amtliches Siegel unter die neuen Verhältnisse zu drücken.

Zur inneren Lage. Berlin, 17. Nov. Der geschäftsführende Ausschuss der fortschrittlichen Volkspartei hat endgültig der Vereinigung mit der nationalliberalen Partei und den Einzelgehörnern des demokratischen Kulturkreises zugestimmt.

en Dank bes... Minister... Dr. Heinge... Dr. Grab... erhalten... Dr. Grab... erhalten... Dr. Grab...

Amthliche Bekanntmachungen.

Gemäß § 6 Absatz 1 der Bekanntmachung des Verbandsverbandes, Lebensmittelkarten und Gastmarken betr. vom 1. Juni 1917 in der Fassung vom 24. September und 18. Dezember 1917 wird folgendes bekanntgegeben:

Auf die für die Woche vom 25. Nov. bis 1. Dezember gültigen Marken der Bezirkslebensmittelkarten werden im Laufe der Woche durch die Händler Lebensmittel der nachgenannten Art und Menge ausgegeben werden:

Marke N 1 für Kinder im 1. und 2. Lebensjahre (violetter Druck): 125 g Daserntnahrungsmittel und 125 g Zwieback.

Marke N 1 für Kinder im 3. und 4. Lebensjahre (roter Druck): 125 g Daserntnahrungsmittel und 125 g Zwieback.

Marke N 1 (schwarzer Druck): je nach Vorrat 100 g Trauben oder 100 g Teigwaren.

Marke N 2 50 g Suppenwürste und 50 g Dörsgemüse, von letzterem auf Verlangen des Verbrauchers auch jede beliebige höhere Menge.

Marke N 3 150 g Marmelade.

Marke N 4 80 g Butter.

Marke N 5 125 g Fleisch in frischem, mariniertem oder getrocknetem Zustande oder 1 Ei, soweit vorhanden.

Marke N 6 125 g Quark, soweit vorhanden.

Sollte infolge von Transportchwierigkeiten in einzelnen Gemeinden die Abgabe des vorstehend genannten Lebensmittel nicht oder nicht in vollem Umfange möglich sein, so wird später ein Ausgleich erfolgen.

Ein Zwang zur Abnahme des Dörsgemüses darf durch die Kleinhändler nicht ausgeübt werden.

Schwarzberg, den 16. November 1918.
Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Schwarzberg.
Dr. Zimmer.

Mehlzuteilung in der fleischlosen Woche vom 18. bis 24. November 1918.

1. Wie bisher für die in der Woche vom 18. bis 24. Nov. 1918 ausfallende Fleischzuteilung werden — mit Ausnahme der Fleischlieferanten — jeder vom Bezirksverband Schwarzberg mit Brotmarken zu versorgenden über 6 Jahre alten Person 125 g Mehl und jeder unter 6 Jahre alten Person 90 g Mehl gemährt.

2. Zum Bezuge des Mehles berechtigt der Abschnitt M der Fleischkarte mit dem Aufdruck „Amtshauptmannschaft Schwarzberg Woche vom 18.—24. November, fleischlose Woche“ und zwar der Abschnitt der Fleischkarte für Personen über 6 Jahre zum Bezuge von 125 g Mehl, der Abschnitt der Fleischkarte für Personen unter 6 Jahre zum Bezuge von 90 g Mehl.

3. Die Fleischartenabschnitte haben nur während der aufgedruckten Zeit Gültigkeit. Sie dürfen nur während dieser Zeit beliefert werden.

4. Die Bäder und Mehlhändler haben diese Abschnitte ebenso wie die Brotmarken, sofort beim Empfang durch kreuzweises Durchstreichen mittels Barb- oder Tintenstiftes zu entwerfen.

5. Sie haben weiter die vereinnahmten Abschnitte ebenso wie die Brotmarken spätestens am 3. Tage nach dem Verfalltage bei der Ortsbehörde zum Zwecke der Ausstellung der „Bescheinigung über abgelieferte Marken“ abzuliefern.

6. Die Ortsbehörden haben die von den Bädern und Mehlhändlern abgelieferten Abschnitte genauestens zu prüfen und insbesondere bei der Prüfung darauf zu achten, daß nur Abschnitte M mit dem Aufdruck „Amtshauptmannschaft Schwarzberg Woche vom 18.—24. November, fleischlose Woche“ zur Ablieferung gelangen. Werden andere Fleischartenabschnitte abgeliefert, so sind diese bei der Ausstellung der „Bescheinigung über abgelieferte Marken“ außer Betracht zu lassen.

7. Zuwiderhandlungen gegen vorstehende Anordnungen werden nach § 80 der Reichsgerichtsordnung für die Ernte 1918 vom 29. Mai 1918 mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 50000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Schwarzberg, am 15. November 1918.
Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Schwarzberg.
Dr. Zimmer.

Kirchennachrichten.

St. Nikolai.

Im Winterhalbjahre bleiben die Seitengänge vor den Gottesdiensten geschlossen. Mittwoch, den 20. November, (Bußtag) Vorm. 9 Uhr Hauptgottesdienst mit Predigt: Pastor Dertel. Darnach Beichte und Abendmahlsfeier: Pfarrer Schmäler. (Anmeldungen bis Dienstag mittag erbeten.)

In Kuerhammer: Vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst mit anschließender Beichte und Abendmahlsfeier: Pastor Runde.

Erzgebirgische Bank E.G.m.b.H. Schneeberg-Neustädtel - Hartenstein - Lauter i. Sa. - Eröffnung laufender Rechnungen

Nach einem arbeitsreichen Leben und längerer Krankheit hat es Gott dem Herrn gefallen, meinen lieben Mann, unsern lieben Vater, Groß- und Schwiegervater,

den Hausmann
Karl Wilhelm Pommer

im Alter von 68 Jahren zu sich abzurufen.
Aue, am 17. November 1918.

Die tiefbetrübten Hinterbliebenen.

Die Beerdigung unseres Entschlafenen erfolgt Donnerstag mittag 1/2 Uhr vom Trauerhause, Steinstr. 9, aus.

D.H.V.

Die Mitglieder werden hierdurch gebeten, sich an der Beerdigung unseres verstorbenen Mitgliedes

Woldemar Brunn

Dienstag Mittag 1/2 Uhr zahlreich zu beteiligen.
Der Vertrauensmann

Ich habe meine Berufstätigkeit wieder aufgenommen. : : :

Raabe,
Rechtsanwalt u. Notar.

Allen denen, die unseren teuren Heimgegangenen durch Begleitung zur Einäscherung ehrten, sowie denen, die uns ihre Anteilnahme durch Wort und Schrift bezeugten,

danken wir hiermit herzlichst.

In tiefer Trauer
Helene verw. Baumann
Lucie Baumann.

Aue, am 18. November 1918.

Apollo-Licht-Spiele
Aue, NS, Bahnhofstr.

Spielplan für Montag und Dienstag, den 18. und 19. November (Mittwoch z. Bußtag geschlossen)

Das Lied der Liebe.
■ ■ Schauspiel in 4 Akten.
In den Hauptrollen: Eva Speler, Ingo Brand und Dr. A. Czemplin.

Die Nichte a. Amerika
Luna-Lustspiel in 3 Akten.
Hauptdarsteller:
Else Böttcher und Fritz Achterberg.

Einf. Preise. Das Theater ist gut geheizt.
Tgl. 2 Vorst. Anfang punkt 7 u. 9 Uhr.
Einlaß 1/2 Uhr.

Höflichst laden ein
Apollo - Lichtspiele.

Für eine neuerrichtende Schwarzblechwarenfabrik wird ein erfahrener

Fachmann gesucht

der sich mit der vollständigen Einrichtung und Leitung des Betriebes befassen und auch die Herstellung von Blech- und Stanzwerkzeugen leiten kann. Angebote unter N. Z. 5162 an das Auer Tageblatt erbeten.

Urlauber

finden einige Tage Beschäftigung bei

Christian Beyer, Stuhlfabrik, Aue.

Ein Buschneider

für Motorschere, sowie ein jugendlicher Handarbeiter werden sofort eingestellt.

Paul Ritter, Wettinerstraße, Aue.

Wir suchen

Schleifer

bei hohen Löhnen in dauernder Stellung zum sofortigen Antritt.

Sächsische Metallwerke Wt. Gieberei
Freiberg i. Sa.

Das zum Nachlaß des Hrn. Dulse Schnorr gehörige

Haus Georgenstraße Nr. 588

soll baldigt **verkauft** werden. Kaufangebote sind zu richten an den Testamentvollstrecker

Rechtsanwalt Dr. Heilig in Zwickau,
Amtsgerichtsstraße 1.

Rübe, Stube u. Kammer

zu mieten gesucht. Rdh. zu erfahren im Auer Tagebl.

Für **Totenfest!**

Empfehle **Kränze, Kreuze, Blumen** zur Schmückung der Gräber

Hausfabrik **Emil Georgi,**
Wettinerstr. 1.

Künstler-Verband Dresden e. V.

Gemälde-Ausstellung

vom 13. November bis 1. Dezember im alten Sitzungssaal des Stadthauses z. Aue

Öffnet täglich von 10 - 4 Uhr. Eintritt frei.

Wegen Dienstag treffen eine Ladung **feinste, gelbe Kohlrüben** ein, sowie die letzte Ladung **Weißtraut**, der Jentner Markt 7.—. Eine Ladung **feinste rote Spießmöhren u. Sellerie** zu bill. Engrospreisen. **L. Meizer, Bodauerstr.**

Bornaer Karotten,
3tr. Wt. 18.50,

gesunde, frische Ware, zum Einkellern, sind wieder eingetroffen bei

Willy Wöser, Mozartstr. 1.

3 Wagenladungen (40910 kg) und 8 Ladungen (85800 kg)

rote Rüben rote Beete

werden Dienstag, den 19. November 1918, vorm. 10 Uhr, auf hiesigem Bahnhof gegen Barzahlung versteigert. Güterabfertigung Aue (Gsgg.).

Zöpfe

empf. in großer Auswahl

Stern & Gauger
Zöpfe- u. Perlickfabrik, Aue
Wettinerstr. 49 am Wettinplatz

Berechtigtes amtliche Handelszeichen für Kriegszwecke.

Unabhängige Frau oder älteres Fräulein

zur Führung eines einfachen Haushaltes sofort gesucht. Carolast. 11, 1 r.

Wohnung

in neuem Hause in ruhig. Lage, 5/8 Zimmer, 1. ob. 2. Stock, gesund u. trocken, sofort od. bald bezugsbar

gesucht.
E. Th. Bräuner, Plauen i. V.
Reinholdstr. 74.
Fernsprecher 688.

Bäckerei

in guter Geschäftslage zu pachten od. kaufen gesucht

Vorstehendes Angebot an **H. Hinkelmann, Hamburg**
Wt., Wimmelweg 8 a.

Sofort zu verkaufen

1,0 Blauer Wiener,
8 Monate alt.
Zu erf. im Auer Tagebl.

Sofas u. Matratzen werden aufgepolstert.
Schmidt, Papststr. 31.

Musikschüler,
14—18 J., w. febergeigt eingest. Ständorchester

Maßverhältnisse bei Besp. M. Göttert, Ditz.